

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 32. Ratssitzung vom 19. Dezember 2018

### 721. 2018/294

**Weisung vom 22.08.2018:**

**Sozialdepartement, Verein Zürcher Stadtmission, Beiträge Isla Victoria 2019–2022**

Antrag des Stadtrats

Dem Verein Zürcher Stadtmission wird für die Jahre 2019–2022 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 110 900.– (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) sowie den Erlass der Miete von Fr. 37 118.– gewährt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

**Marco Geissbühler (SP):** *Sexarbeit ist keine Arbeit wie jede andere. Sexarbeitende sind besonderen Risiken und Problemen ausgesetzt. Prostitution wird oft stigmatisiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Das Gleiche geschieht mit den Personen, die die Prostitution ausüben. Die Risiken für die physische Gesundheit und die sexuelle und psychische Integrität dieser Personen sind gross. Sexarbeitende müssen ihre Rechte kennen, um sich vor Ausbeutung und Gewalt schützen zu können. Sie müssen Zugang haben zu den Systemen der sozialen Absicherung, so wie alle anderen Menschen auch und sie müssen über das Wissen und die Mittel verfügen, um ihre Gesundheit zu schützen. Bei diesem Punkt hilft das Projekt Isla Victoria, um das es bei der vorliegenden Weisung geht. Isla Victoria besucht in der Stadt Zürich und Agglomeration Erotikbetriebe, um die dort arbeitenden Menschen über ihre Rechte zu informieren und sie in Gesundheitsfragen zu beraten. Über Mittag und am Mittwochnachmittag betreibt Isla Victoria zudem einen Treffpunkt für Sexarbeitende im Kreis 4 an der Schöneeggstrasse. Dort können diese günstig zu Mittag essen, sich in arbeits-, aufenthalts- und gesundheitsrechtlichen Fragen beraten lassen oder Kurse in Deutsch oder im Schneidern besuchen. Die Kurse helfen jenen, die aus der Branche aussteigen wollen, indem sie ein Diplom als Schneiderin erwerben. Isla Victoria bietet auch Gesundheitstests an, sodass sich Sexarbeitende auf die fünf häufigsten sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten testen lassen können. Die Stadt Zürich arbeitet seit über 20 Jahren mit Isla Victoria zusammen. Die Räumlichkeiten an der Schöneeggstrasse stellt die Stadt Isla Victoria zur Verfügung und erlässt die Miete im Umfang von 36 312 Franken im Jahr. Für 110 900 Franken pro Jahr kaufte die Stadt Zürich 1800 Beratungen und 6000 Kontakte bei der aufsuchenden Sozialarbeit von Isla Victoria ein. Die entsprechende Leistungsvereinbarung läuft Ende dieses Jahr aus. Geliefert hat Isla Victoria im letzten Jahr mehr, nämlich 3012 Beratungen und 6094 Kontakte in der aufsuchenden Sozialarbeit. Der Stadtrat beantragte der Kommission mit der vorliegenden Weisung, Isla Victoria 2019 bis 2022 weiterhin den gleichbleibenden, leistungsorientierten Maximalbetrag und die Miete für den Treffpunkt zu finanzieren. Die Miete erhöht sich um 308 Franken auf 37 118 Franken. Der Leistungsausweis von Isla Victoria und die langjährige, erfolgreiche*

Zusammenarbeit von Stadt und Verein waren in der Kommission unbestritten. Umstritten war hingegen die Höhe des Beitrags, mit dem Isla Victoria für die Leistungen im Auftrag der Stadt Zürich entschädigt werden soll. Während eine Mehrheit der Kommission den Mehraufwand von Isla Victoria in den kommenden Jahren mit höheren Beiträgen entschädigen möchte, möchte eine Minderheit dem Stadtrat folgen und am bisherigen Beitrag festhalten. Die Kommissionsmehrheit, bestehend aus AL, Grünen und SP, beantragt Ihnen, den leistungsbezogenen Beitrag der Stadt Zürich an Isla Victoria um 30 Prozent zu erhöhen bei gleichbleibender Leistungsmenge. In Zahlen ausgedrückt beantragen wir Ihnen den Betrag von 110 900 Franken auf 144 170 Franken zu erhöhen. Seit 2010 hat sich das Sexgewerbe in der Stadt Zürich erheblich verändert. Die Beiträge an Isla Victoria sind dabei in der ganzen Zeit die gleichen geblieben. Vieles im Sexgewerbe findet heute online, in einschlägigen Foren statt – insbesondere die Kontaktaufnahme zwischen Kunden und Sexarbeitenden. Die Branche wurde dadurch dezentraler und schnelllebiger. Salons sind heute nicht mehr zwangsläufig im Niederdorf oder an der Langstrasse, sondern über die ganze Stadt verteilt – insbesondere am Stadtrand, wo die Mieten günstiger sind. Neu sind so genannte Pop-Up-Salons. Das sind Sexsalons, die unerkannt in einer Wohnung für wenige Monate betrieben werden und online Kunden anwerben. Anschliessend ziehen sie weiter in eine andere Wohnung. Das macht die aufsuchende Sozialarbeit von Isla Victoria aufwändiger. Es ist schwieriger, diese Salons zu finden und den Überblick zu behalten. Dazu kommen praktische Probleme: Wenn sich früher alles auf zwei Punkte in der Stadt konzentrierte und es sich neu in der ganzen Stadt verteilt, ist es zeitintensiver, von Punkt A zu Punkt B zu gelangen. Erschwerend kommt hinzu, dass das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit seinen Schalter für Meldepflichtige aus EU- und EFTA-Staaten geschlossen hat. Eine Anmeldung ist nur noch online möglich, was das Meldeverfahren für Sexarbeitende komplizierter und den Beratungsaufwand von Isla Victoria entsprechend höher macht. Die Vor- und Nachbereitungsgespräche zu den erwähnten Gesundheitstests brauchen viel Zeit. Zusammengefasst steht der Beratungsaufwand aus Sicht der Kommissionsmehrheit heute in keinem Verhältnis zu dem, was die Stadt Isla Victoria pro Beratungsgespräch vergütet.

Kommissionsminderheit:

**Walter Anken (SVP):** Die SVP hat der Stadtratsweisung zugestimmt, aber die SVP, FDP und GLP sind gegen die Erhöhung um 30 Prozent. Die SP begründet die Erhöhung damit, dass die Sexsalons heute vermehrt am Stadtrand angesiedelt seien und Isla Victoria deshalb längere Wegzeiten habe. Aber wenn sich die Sexsalons am Stadtrand konzentrieren, kann man ja mehrere gleichzeitig besuchen. Es gibt keinen Grund, weshalb da längere Wegzeiten anfallen sollen. Weiter wurden die nicht registrierten Pop-Up-Salons als Grund aufgeführt. Da fragen wir uns, wie man die überhaupt finden kann. Wenn jemand kurzfristig in einem Hotelzimmer einen Sexsalon anbietet, kann man diesen gar nicht finden und so fallen gar keine Kosten für Isla Victoria an. Weiter ist das Meldeverfahren des Kantons nur noch online zugänglich. Dazu lässt sich festhalten, dass die Sexarbeiterinnen häufig junge Frauen sind. Diese haben ein Smartphone und kennen sich mit Onlinemedien aus. Anfänglich mag das eine Hürde sein, aber mit der Zeit tritt ein Lerneffekt ein. Wir sehen da nicht ein, warum man da einen 30 Prozent höheren Beitrag leisten soll. Weiter wurde gesagt, dass die 15-minütige Beratung häufig

*länger dauere als die mit 32.78 Franken abgegoltenen 15 Minuten. Dazu können wir nur sagen: Dann muss man halt effizienter beraten. Sozialversicherungen waren ein weiteres Thema. Dass die Damen sozialversichert sind, ist unbestritten gut und auch hier lässt sich sagen, dass es anfänglich sicher einen höheren Aufwand gab, doch dann gab es einen Lerneffekt. Die Gesundheitsprävention ist auch aus unserer Sicht sehr wichtig. Hier wird gesagt, man brauche 40 Minuten für eine Beratung zu einem HIV- oder Syphilis-Test. Das verstehen wir nun wirklich nicht: Was will man 40 Minuten lang zu so einem Test beraten? Der Stadtrat und die Verwaltung wollen hier nicht mehr Geld sprechen und es ist auch nicht einzusehen, warum man das tun sollte. Deshalb bitte ich Sie, den Änderungsantrag abzulehnen und die Erhöhung zurückzunehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** *Für die Grünen handelt es sich hier um eine sehr wichtige Anlaufstelle. Die Prostitution ist das älteste bekannte Gewerbe und wird fast überall – auch bei uns – kaum akzeptiert. Obwohl wir alle einen Sexualtrieb haben, bewegt sich dieser in sehr engen sozialen Normen. Akzeptiert wird er in der Ehe und der geregelten Partnerschaft. Schon ein Seitensprung ist heikel und gar des Teufels ist die Prostitution – egal ob als Freier oder als Anbietende. Entsprechend ausgeliefert und schlecht gestellt sind Frauen und Männer, die sich prostituieren. Sie sind Gewalt, Zwang durch Freier und Zuhälter und Menschenhandel ausgeliefert. Prostitution trifft Frauen, die sich gar nicht prostituieren wollten, die aus einem fremden Land kommen und keine Ahnung von den hiesigen Gepflogenheiten und keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben. Wir sind deshalb sehr froh, gibt es die Isla Victoria mit dem Treffpunkt, an dem man etwa bei Mittagessen Beratungen anbieten kann. Wir wollen keine effiziente Beratung, Walter Anken (SVP), sondern eine effektive Beratung. Wir wollen das, was die Frauen brauchen, um gesund und mit einer Perspektive hier leben zu können – sei es in der Prostitution oder wenn sie aussteigen möchten. Wir haben Isla Victoria gefragt, ob die gesprochenen Mittel für die nötige Beratung ausreichen und dabei immer mehr von den genannten neuen Problemen gehört, mit denen man zunehmend konfrontiert wird. Isla Victoria wäre froh, wenn man etwas mehr Luft hätte und nicht in 15 Minuten abzuhandeln hat, was halt mehr Zeit braucht. Wir sind deshalb klar für die Erhöhung und bitten Sie, ihr zuzustimmen.*

**Ezgi Akyol (AL):** *Bereits bei der Behandlung der Weisung zur Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) haben wir klar gesagt: Die NGOs in diesem Gebiet brauchen mehr Geld. Das geht auch aus dem Bericht über die Entwicklung über das Sexgewerbe hervor. In der SK SID/V wurde auf die zunehmende Komplexität der Fälle hingewiesen und dass deswegen ein höherer Bedarf im Bereich Soziales besteht. Also ist man sich stadtratsintern auch nicht völlig über den Bedarf der NGOs in diesem Bereich einig. Ich würde mich freuen, wenn dank der Erhöhung die Teilnahmegebühren für die Deutschkurse nicht erhöht werden müssten. Ich muss der Minderheit der Kommission in einem Bereich Recht geben: Die Erhöhung um 30 Prozent erscheint willkürlich und wurde nicht klar begründet. Der Bedarf nach mehr Geld hingegen wurde klar begründet. Ich wünsche mir, dass die SP künftig allfällige Beitragserhöhungen mit den Organisationen abspricht und nicht aus eigenem Ermessen einen höheren Betrag beantragt. Dies ist aber*

*nur eine Randbemerkung und wir unterstützen die Weisung und die Beitragserhöhung.*

**Markus Baumann (GLP):** *Die GLP hätte den Antrag des Stadtrats so unterstützt. Wir sind der Überzeugung, dass es sich um eine ausgewogene Vorlage handelt, die wir nicht in Frage stellen. Es wurde in der Kommission auch ersichtlich, dass die Beratungen komplexer geworden sind und die aufsuchende Sozialarbeit zeitintensiver geworden ist, weil die Frauen gezwungen sind, Wohnungen in der ganzen Stadt zu finden. Veränderungen im Milieu sind grundsätzlich an der Tagesordnung. Das war aber schon immer so. Wir sind auch der Überzeugung, dass Beratungsstellen flexibler werden müssen und auf den Markt reagieren müssen. Wir schliessen uns dem Votum von Ezgi Akyol (AL) an: Die Erhöhung von 34 000 Franken ist nicht zielführend und nicht schlüssig begründet worden. Wir bevorzugen, dass wir nicht nur in der Isla Victoria auf Veränderungen reagieren, denn diese geschehen auch in der FIZ, der Aids-Hilfe und überall. Der gesamte Beratungsbereich in der Prostitution ist von den Veränderungen im Sexgewerbe herausgefordert – das zeigt der erwähnte Bericht. Wir kommen aber zu einer anderen Entscheidung: Wir lehnen die Erhöhung ab, würden aber einen Vorstoss begrüßen, der die ganze Problematik abdeckt, der auf die Digitalisierung und die Marktentwicklungen eingeht und nicht auf einzelne Anbieter. Deshalb lehnen wir den Antrag ab, aber zum Zeichen, dass wir das Angebot der Isla Victoria als wertvoll erachten, werden wir uns in der Schlussabstimmung enthalten.*

**Ernst Danner (EVP):** *Ich teile die Auffassung, dass die Zahl im Antrag der SP nicht ganz nachvollziehbar ist. Der Bedarf nach Beratungen durch die Isla Victoria ist stark angestiegen – im Langzeitvergleich um fast 50 Prozent. Der Beitrag der Stadt war aber schon im Jahr 2010 um die 110 000 Franken – würde man diesen Bedarf dazu rechnen, müsste man den Beitrag um 50 Prozent erhöhen. Bezieht man mit ein, dass die Beratungen komplexer geworden sind, wären es gar mehr als 50 Prozent. Wollten wir etwas kritisieren, dann eher, dass die Erhöhung der SP zu knapp ist. Wir stellen aber keinen separaten Antrag, sondern unterstützen die Erhöhung auf 144 000 Franken und möchten darauf hinweisen, dass die Arbeit der Isla Victoria sehr wichtig ist und die Frauen im Sexgewerbe eventuell anders funktionieren als wir hier, weil sie häufig in sehr prekären Verhältnissen leben. Da ist eine Beratung von 10 bis 15 Minuten selten angemessen – ganz besonders, wenn ein Gesundheitstest eine Erkrankung aufzeigt.*

#### Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Dem Verein Zürcher Stadtmission wird für die Jahre 2019–2022 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 144 170.– ~~Fr. 110 900.–~~ (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) sowie den Erlass der Miete von Fr. 37 118.– gewährt.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

5 / 5

- Mehrheit: Marco Geissbühler (SP), Referent; Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Nadia Huberson (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Marcel Tobler (SP)
- Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Vizepräsident Markus Baumann (GLP), Alexander Brunner (FDP), Raphael Kobler (FDP), Marcel Müller (FDP), Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

- Mehrheit: Marco Geissbühler (SP), Referent; Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Nadia Huberson (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Marcel Tobler (SP)
- Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Alexander Brunner (FDP), Raphael Kobler (FDP), Marcel Müller (FDP), Rolf Müller (SVP)
- Enthaltung: Vizepräsident Markus Baumann (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 37 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Dem Verein Zürcher Stadtmission wird für die Jahre 2019–2022 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 144 170.– (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) sowie den Erlass der Miete von Fr. 37 118.– gewährt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 27. Dezember 2018 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 25. Februar 2019)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat